

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 2. 35. Jahrg.

13. Januar 1922

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 5 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 10 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 :: Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1.- Mk. bei Wiederholung Rabatt Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 50 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachung. Weltmarktslöhne. Rundschau. 14. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. (Schluß). — **Wirtschaftliche Übersicht:** Übersicht vom 9. Januar 1922. — **Allgemeines:** Die Antwort. Was wir fordern müssen! Ortsbericht: Magdeburg. — **Der Betriebsrat:** Ein Leitfadens zum Studium der Wirtschaftsgeschichte. — **Photographischer Mitarbeiter:** Preisschleuderei. — **Feuilleton:** Eine Geschichte der Spaltung. Eingegangene Schriften. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Inhaltsverzeichnis „Graphische Presse“.
Die hohen Papierkosten veranlassen uns auch dieses Jahr das Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“, Jahrgang 34, nur in soviel Exemplaren herstellen zu lassen als benötigt werden. Diejenigen Kollegen, welche ein solches Inhaltsverzeichnis haben wollen, müssen deshalb umgehend die Bestellung an die Expedition, Conrad Müller, Schkeuditz bei Leipzig, aufgeben. Nachlieferungen sind nur in ganz besonderen Fällen möglich.

Der Verbandsvorstand.

Weltmarktslöhne.

Mit einem Gesicht aufgesteckt, das selbst dem Kurzsichtigsten den Schein erkennen läßt, polemisiert die gesamte Unternehmerpresse gegen die kürzlich in der Gewerkschaftspresse erörterte Frage der Weltmarktslöhne und wirft sich zum Hüter des deutschen Wirtschaftslebens auf. Einige Unternehmerblätter gehen sogar soweit und tun so, als wenn das „Schlagwort von den Weltmarktslöhnen“ ureigene Erfindung der Gewerkschaften sei. Daß die Ursache zur Erörterung einer solchen Frage von einer Seite gekommen ist, die dem Unternehmertum viel näher steht als den Gewerkschaften und den Arbeitern überhaupt, wird wohlweislich verschwiegen. Sonst wäre ja auch die schöne Möglichkeit verschwunden, im Brustton der Überzeugung und der sittlichen Entrüstung gegen „das Schlagwort von den Weltmarktslöhnen“ zu wettern und so nebenbei hintenherum die Geschäfte des Unternehmertums zu besorgen.

Wir haben uns bisher davon freigehalten, „das Schlagwort von den Weltmarktslöhnen“ in den Kreis unserer Erörterungen zu ziehen, obwohl es manchmal nötig gewesen wäre. Anlässe dazu gab es genügend. Aber die Tatsache, daß die Arbeitslöhne in der gegenwärtigen Zeit keinesfalls auf das Weltmarktsniveau erhöht werden können, und utopische Forderungen aufzustellen nicht unsere Sache ist, ließ uns davon Abstand nehmen. Trotzdem bleibt es aber wahr, daß die Ursache zu solchen Erörterungen nicht von der Arbeiterschaft ausgegangen ist, der man die Sache jetzt gern an die Rockscheibe hängen möchte. Nur um das Erinnerungsvermögen jener Kreise, die aus dem „Schlagwort von den Weltmarktslöhnen“ für sich Kapital schlagen wollen, etwas aufzufrischen, sei daran erinnert, daß die Herren Ritter vom Ahr und Halm die Aufhebung der Zwangswirtschaft damit begründet haben, daß die landwirtschaftliche Produktion erst dann in der notwendigen Weise gesteigert werden könnte, wenn die Inlandspreise den Weltmarktspreisen gleichgestellt wären und die Ausbeutungsbeschränkungen, die zu Gunsten der Arbeiter erlassen worden sind, besei-

tigt würden. Aber erst als der bayerische Minister für soziale Angelegenheiten, in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Landwirte, einer Deputation der Arbeiterschaft, die sich wegen der Teuerung beschwerte, antwortete, daß die deutschen Weltmarktspreise anzustreben haben, um dem Ausverkauf des deutschen Volksvermögens zu Schleuderspreisen durch das Ausland entgegenzusteuern, da gab ihm die Arbeiterschaft die einzig richtige und auch einzig mögliche Antwort: **Weltmarktspreise** — gut, dann aber fordern wir für uns **Weltmarktslöhne**. Eins bedingt eben naturnotwendig das andere.

„Das Schlagwort von den Weltmarktslöhnen“ entpuppt sich so bei näherer Betrachtung lediglich als ein Ausfluß des Schlagwortes von den Weltmarktspreisen. Was jedoch mit dem Gerede von den Weltmarktspreisen bezweckt werden sollte, ist sonnenklar; es soll lediglich ein Deckmantel für neue Preiserhöhungen im Inlande sein, um weitere, noch höhere Profite erzielen zu können. Die Arbeiterschaft hat in richtiger Erkenntnis der Situation die einzig mögliche Antwort auf die Forderung der Weltmarktspreise im Inland gegeben und dem Schlagwort von den Weltmarktspreisen „das Schlagwort von den Weltmarktslöhnen“ entgegengesetzt. Darob' nun große Entrüstung auf der andern Seite, die durch die Haltung der Arbeiterschaft einen Teil ihrer Felle fortschwimmen sieht.

Wie wir zu der Forderung von Weltmarktslöhnen stehen, haben wir schon Eingang dieser Ausführungen zum Ausdruck gebracht. Weltmarktslöhne hin, Weltmarktslöhne her! In der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft wird die Höhe des Arbeitslohnes nicht bestimmt durch irgendwelche zeitliche Erscheinungen, sondern die Höhe des Arbeitslohnes als Äquivalent für geleistete Arbeit wird bestimmt durch die Höhe der Kosten der Wiederherstellung der Arbeitskraft. Steigen die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft, das heißt, steigen die Kosten für Nahrung, Kleidung und Wohnung, steigen die Kosten für Erhaltung, Unterhaltung oder Gründung einer Familie, kurzum, steigen die Kosten für die Erhaltung der körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte und Fähigkeiten der Menschen, dann müssen diesem Steigen auch die Mittel, aus denen die erhöhten Kosten bestritten werden müssen, ebenfalls entsprechend steigen. Da beim Arbeiter der Arbeitslohn der einzige Faktor ist, der ihm zur Wiederherstellung der Arbeitskraft zur Verfügung steht, muß eben der Arbeitslohn so bemessen sein, daß er mit seinem Arbeitslohn, der sich in Geld ausdrückt, all das kaufen kann, was er zu seiner Erhaltung und Steigerung der Arbeitskraft, aber auch zur Neuschaffung und Erhaltung von Arbeitskraft für die Zukunft braucht. Steigen die Kosten dafür so hoch in Deutschland, daß sie mit der Bezeichnung Weltmarktspreis belegt werden müssen, dann müssen eben auch Weltmarktslöhne bezahlt werden, auch wenn man noch so sehr darüber greift.

Daß die Preise für den notwendigen Lebensbedarf in Deutschland immermehr steigen, wir also immer näher den Weltmarktspreisen kommen, ist zu bekannt, um es noch besonders

belegen zu müssen. Und sie werden in Zukunft noch ganz erheblich weiter steigen! Daran ändern auch die Preisrückgänge für einige Lebensmittel nichts, die sich in den letzten Tagen bemerkbar machten. Die Steigerung der Mieten, Fahrpreise, der Preise für Kleidungsgegenstände usw. haben diese Rückgänge um das Vielfache ausgeglichen. Das kommt auch ganz unzweideutig in den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes zum Ausdruck Ueber die Teuerung im Dezember teilt das Statistische Reichsamt mit:

„Obwohl durch die Steigerung der Kaufkraft der Mark zu Beginn des Monats Dezember die Großhandelspreise zurückgingen, hat sich die Aufwärtsbewegung der Kosten der Lebenshaltung vom November zum Dezember infolge des vorhergehenden Sturzes der Reichsmark weiter fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, denen die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande von Mitte Dezember zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom Dezember von 1397 auf 1550; demnach um 153 Punkte oder 11 Prozent gestiegen. Gegenüber Dezember 1920 beträgt jetzt die Steigerung 66 Prozent und gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres 76,1 Prozent.“

Stärker als in den Vormonaten hat zu dieser Steigerung im Berichtsmontat die Erhöhung der Kosten für Heizung und Beleuchtung beigetragen, während die Wohnungsmieten nur in verhältnismäßig wenigen Gemeinden anzogen. Daneben wurden aber auch weitere, teils beträchtliche Steigerungen für Lebensmittel festgestellt. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben allein, die im November 1914 betragen hatte, ist um 174 Punkte oder 9,1 v. H. auf 2088 gestiegen. Zu der Erhöhung der Ernährungsausgaben trugen im Berichtsmontat sämtliche Lebensmittel bei. Die Preise für Brot, Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte und besonders Fleisch zogen erneut an, auch Gemüse, Kartoffeln. Eier wurden wiederum teurer. Die Preisbewegung für Fette war (bis Mitte Dezember) nicht einheitlich.“

Wie wir zu den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes stehen, haben wir mit aller Deutlichkeit in Nr. 36 der „Graphischen Presse“ vom 2. September 1921 zum Ausdruck gebracht. Es ist nicht nötig, daß dort gesagte noch einmal zu wiederholen. Was aber notwendig ist dick zu unterstreichen, ist die erneute Vornahme der Anpassung der Löhne an die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung. Die unserer Meinung die steigende Teuerung unvollständig dartuenden Ziffern des Statistischen Reichsamtes sollten insbesondere Warnung sein. Wenn diese Anpassung nicht in ausreichendem Maße vorgenommen wird, dann muß es zu ganz gewaltigen Explosionen kommen. Die Erschütterung des Tarifgedankens und der Tarifgebäude muß dann der andern Seite aufs Konto geschrieben werden, nicht der Arbeiterschaft. Ist es Dummheit oder ist es Methode, wenn der „Zentralausschuß Leipziger Arbeitgebervereine E. V.“ auf Grund der total falschen Behauptung, die Teuerungswelle sei seit Anfang Dezember zu einem Stillstand gekommen; die Unternehmer auffordert, alle Lohnforderungen abzulehnen, und von neuen unerhörten Forderungen der Gewerkschaften spricht. Und dann wundert sich das Unternehmertum, daß bei so total falscher Einstellung ihrerseits, die Arbeiter als Antwort auf solchen Hohn ihnen den wirtschaftlich Roten Hahn aufs Dach setzen.

Nachdem schon durch das Statistische Reichsamt das von den Unternehmern und

auch vom Reichsfinanzminister verbreitete Märchen, daß bei gerechter Würdigung des Ausgleiches zwischen erfolgter Preiserhöhung einiger Artikel und der Preissenkung anderer Artikel neue Lohnerhöhungen nicht gerechtfertigt sind, als Märchen gekennzeichnet ist, sei den kommenden Dingen einige Beachtung geschenkt. Vorher sei aber aufs nachdrücklichste erneut wieder betont, — damit nicht etwa eine falsche Ansicht sich festsetzt — daß die der Kollegenschaft jetzt gezahlten Löhne weder den Kosten der Lebenshaltung, noch der Leistungsfähigkeit unseres Gewerbes entsprechen. Wir stehen noch immer ganz wesentlich unter dem, was zum Leben unbedingt notwendig ist. Nach eigenen Aussagen der Unternehmer hat sich das Gewerbe gut erholt und die Betriebe können für schlechtere Zeiten gute Rücklagen machen. Von der Gehilfenschaft kann man solches mit gutem Gewissen nicht sagen. Die gezahlten Löhne reichen nicht zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse; an Rücklagen für schlechte Zeiten ist garnicht zu denken. Das soll man bedenken, wenn man über Erhöhung der Löhne spricht. Wir haben noch verschiedenes nachzuholen!

Aber was sagt der Reichskanzler, der es ja schließlich wissen muß, über die zukünftigen Preise auf dem Lebensmittelmärkte? Einer einem italienischen Zeitungskorrespondenten gegenüber gemachten Äußerung des Reichskanzlers entnehmen wir: „Um das Gleichgewicht in der allgemeinen Staatsbilanz herzustellen, sei eine starke Lebensverteuerung unvermeidlich. Der Januar werde infolgedessen neue Erhöhungen des Brotpreises und des Kohlenpreises bringen“. Das wird bestätigt durch Nachricht, daß der Reichsernährungsminister den Richtpreis für Kartoffeln weiterhin erhöhen will. Auch der Beschluß, nach dem Vorschlage der Eisenbahnverwaltung die Gütertarife um 30 Prozent zu erhöhen, muß eine weitere Verteuerung mit sich bringen. Es wurden zwar von verschiedenen Seiten, so in Sonderheit von Vertretern der Landwirtschaft, erhebliche Bedenken gegen die Vorlage der Eisenbahnverwaltung geltend gemacht, auch wurde allseitig darauf hingewiesen, daß die geplante Tarifierhöhung eine weitere starke Belastung des wirtschaftlichen Lebens herbeiführen müsse. Trotzdem erkannten die anwesenden Vertreter an, daß die Eisenbahnverwaltung sich in einer Zwangslage befinde, die nur auf dem vorgeschlagenen Wege der Tarifierhöhung beseitigt werden könne.

Noch auf manches wäre notwendig hinzuweisen, doch müssen wir uns bescheiden. Aber das Wenige genügt schon um zu zeigen, daß die Löhne auch weiterhin nach oben revidiert werden müssen. Ob wir dadurch an Weltmarktslöhne herankommen, ist weniger von Bedeutung; wenigstens in diesem Zusammenhange betrachtet. Da nach der Meinung der Mehrheit der Kollegen die zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Eigenart unseres Berufes ein notwendiger Bestandteil unserer Tarife ist, kann auch die Lohnregulierung für die Gesamtheit nur von zentraler Stelle aus erfolgen. Lokale Bewegungen und Streiks müssen die Wahrnehmung der Gesamtinteressen nur hindern und die Gesamtheit nur schädigen. Die Wahrnehmung der Interessen der gesamten Kollegenschaft, das muß auch jedes einzelnen Ziel sein! Die Vorarbeiten für neue zentrale Lohnverhandlungen sind schon erledigt. Jedoch über die Tage, an der die Verhandlungen stattfinden sollen, ist noch keine Verständigung erzielt.

Daß wir bei der erneuten Erhöhung der Löhne, die ganz wesentlich ausfallen muß, wenn endlich einmal die bisher von der Gehilfenschaft geübte Rücksicht auf die Erhaltung des Gewerbes ausgeglichen werden soll, — und das ist dringend notwendig — noch nicht von Weltmarktslöhnen sprechen können, ist klar. Darauf kommt es auch garnicht an. Wir wollen einen Lohn haben, der uns ein Auskommen sichert und der unsern qualitativen Leistungen entspricht

Rundschau.

Die XI. ordentliche Generalversammlung beruft der Verband der Deutschen Buchdrucker für den 3. Juli 1922 und folgende Tage nach dem Volkshaus in Leipzig ein. Da nach dem Verbandsstatut die Veröffentlichung der auf der Generalversammlung zu behandelnden Anträge mindestens acht Wochen vor stattfinden der Generalversammlung bekannt gegeben werden müssen, sind Anträge bis zum 19. April beim Verbandsvorstand einzureichen.

50 Jahre Hutarbeiterorganisation. Auf ein fünfzigjähriges Bestehen kann die Organisation der Hutarbeiter zurückblicken. Die Tagung der Hutmachergesellen-Bruderschaften am 16. Juli 1871 in Leipzig legte den Grundstein zum Zentralverein der Hutmacher. Aber kaum war der Zentralverein geschaffen, da begann auch der Kampf mit den Unternehmern. In einem Aufruf: „An unsere Arbeiter! brachten die Unternehmer zum Ausdruck, daß sie übereingekommen seien, keinen Arbeiter mehr in ihren Fabriken zu beschäftigen, welche jenem in Leipzig gegründeten allgemeinen Gesellenverein oder einem anderen ähnlichen als Mitglieder angehören und kein Zeugnis ihres letzten Arbeitgebers besitzen. Der „unabänderliche Beschluß“ der Fabrikanten, wie sie sagten, war, dem Zentralverein im ersten Lebensjahre das Lebenslicht auszublenden. Bis in den März 1872 hinein ging dieser Kampf und zerfloß schließlich in ein Nichts. Die Hutmacher hielten fest zu ihrer Organisation. Das bewies auch die Mitgliederzahl, die fortwährend stieg. Zählte der Zentralverein 1872 in 46 Zahlstellen 1400 Mitglieder, so umfaßt er heute 55 Zahlstellen mit 26 000 Mitgliedern. Das Fachblatt, das ebenfalls auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken kann, erscheint anlässlich dieses Jubiläums im Festgewande und gibt in seinem Inhalte interessanten Aufschluß über das Werden und Wirken der Hutarbeiterorganisation in dieser Zeit.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten ist von einem schweren Verlust getroffen worden. Am 3. Januar ist nach langen, schweren Leiden der 1. Vorsitzende, Robert Zeiske, verstorben. Die Gastwirtsgehilfenorganisation, die mit uns das 3. Stockwerk des Metallarbeiterhauses in der Elsasserstraße teilt, verliert mit Robert Zeiske einen treuen, unermüdeten und eifrigen Kämpfer für die Interessen der gastwirtschaftlichen Angestellten. Zeiske gehörte, obwohl er nur ein Alter von 56 Jahren erreicht hat, zu den Mitbegründern der Gastwirtsgehilfenorganisation.

Fritz Siefert gestorben. Der Deutsche Hutarbeiterverband beklagt den Tod seines ersten Vorsitzenden. Fritz Siefert war am 8. Juli 1867 in Offenburg (Baden) geboren. Er erlernte das Hutmacherhandwerk. Im Jahre 1905 hatte er durch seine Gewerkschaftstätigkeit so sehr das Vertrauen seiner Kollegen erworben, daß er zum Hauptkassierer des Verbandes gewählt wurde. Seit November 1918 war er erster Vorsitzender. Siefert wurde eins der ersten Opfer der Deutschland von neuem heimsuchenden Grippeepidemie. Es kam noch eine Mittelohrentzündung hinzu, und nach dreitägigem Krankenlager setzte der Tod dem Leben dieses verdienstvollen Gewerkschafters ein Ende. Er hätte noch lange der Arbeiterbewegung dienen können. Ehre seinem Andenken!

Professor Ernst Francke †. Im 70. Lebensjahr starb am 23. Dezember in Freiburg der auf dem Gebiete der Sozialpolitik weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte verdienstvolle Professor Ernst Francke. Der Verstorbene war Bahnbrecher der sozialen Fürsorge, kein Sozialdemokrat, aber ein Mann, dessen Lebensaufgabe darin bestand, Staat und Kapitalismus auf dem Wege der Gesetzgebung zu zwingen, der Arbeiterschaft zu helfen, die Arbeiter vor Gefahren zu schützen, den Arbeitsgeschädigten Unterstützung und Versorgung als Rechtsanspruch zu sichern. Ernst Francke erkannte schon früh den Wert der gewerkschaftlichen Organisation für Wirtschaft und Kulturfortschritt und war ihr Förderer. Sein Wirken steht bei der Arbeiterklasse hoch und dauernd in Ehren.

14. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

(Schluß.)

Genosse Streine (Mitar) berichtete über Verhandlungen wegen der Gewerkschaftsstatistik. Es handelt sich darum, inwiefern die Statistik auszubauen oder zu vereinfachen sei. Gewünscht wurde namentlich eine Vereinfachung dahingehend, daß das, was nach den bisherigen Erfahrungen weniger notwendig ist, weggelassen wird. Der Bundesausschuss stellte sich auf denselben Standpunkt.

Zu langen und gründlichen Auseinandersetzungen führte die Verhandlungen über Steuerfragen und Kreditlinie der Industrie, die Genosse Tarnow (Holzarbeiter) mit Ausführungen einleitete, die die Unausführbarkeit des Versäiler Friedensvertrages und des Londoner Ultimatums anschaulich vor Augen führten. Genosse Tarnow legte dem Ausschuss folgende Entschließung vor:

Der Bundesausschuss erkennt die Notwendigkeit an, unter allen Umständen mindestens den Innenetat des Reiches ins Gleichgewicht zu bringen, denn die Einschränkung des Notendruckes ist der Ausgangspunkt für die Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft. Mit dem von der Reichsregierung vorgelegten Steuerprogramm kann dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden. Der einseitigen schweren Belastung der breiten Massen durch Verbrauchssteuern und Lohnsteuern steht keine auch nur annähernd gleichwertige steuerliche Erfassung von Besitz und hohen Einkommen gegenüber.

Der Ausbau und die Erhebung direkter Steuern ist deshalb mit größtem Nachdruck zu betreiben. Darüber hinaus sind schnellste Maßnahmen durchzuführen, um die von der Geldentwertung weniger betroffenen Vermögenswerte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit der Besteuerung zu unterwerfen.

Der Bundesausschuss erklärt seine Zustimmung zu den von den Vorständen des ADGB und des Aja-Bundes am 15. November aufgestellten zehn Forderungen und sieht in deren Erfüllung die Grundlage einer Gesundung unserer Finanzen.

An die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften richtet der Bundesausschuss die Verlangen, die aufgestellten zehn Forderungen durchzuführen und erwartet von der Arbeiterschaft, daß sie durch ihr geschlossenes Zusammenstehen die notwendigen parlamentarischen Aktionen unterstützt.

Von der Entschließung wurde angenommen der erste Absatz gegen eine Stimme, der 2. und 3. Absatz einstimmig und der letzte Absatz gegen vier Stimmen. Ferner stimmte der Ausschuss folgender Entschließung zu:

Zur Entlastung der Finanzämter und damit zur Beschleunigung der Steuerveranlagung bei höheren Einkommen ist durch sofortige Änderung des Einkommensteuergesetzes die Grenze für den zehnprozentigen Lohnabzug auf 60 000 Mark hinaufzusetzen. Ferner sind die der Steuerfreiheit unterliegenden Lohn- und Gehaltsbeträge entsprechend zu erhöhen.

Über die Stellung des ADGB zum Deutschen Beamtenbund berichtete Leipart. Es haben verschiedene Verhandlungen stattgefunden zu dem Zwecke, einen ähnlichen Organisationsvertrag herbeizuführen, wie er mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund abgeschlossen worden ist. Diese Verhandlungen führten bisher zu keinem Erfolge. Der Bundesausschuss nahm nunmehr folgende Entschließung einstimmig an:

Der Ausschuss des ADGB nimmt zustimmend Kenntnis davon, daß die unter dem Namen „Verkehrsbund“ gegründete Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Verbänden der Eisenbahner und der Transportarbeiter auch weiterhin als solche bestehen bleiben soll und bestrebt ist, die Gewerkschaften der Eisenbahn- und Postbeamten gleichfalls in diese Arbeitsgemeinschaft einzubeziehen.

Der Ausschuss billigt die Absicht der dem ADGB und dem Aja-Bund angehörenden Verbände, die Beamte organisieren, für diese besondere Abteilungen bzw. Reichssektionen zu errichten, unter der Voraussetzung, daß die spätere Durchführung der vorausgehenden grundsätzlichen Entscheidungen des Ausschusses über den Aufbau der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Der Ausschuss ermächtigt den Bundesvorstand, in Gemeinschaft mit dem Aja-Bund eine Beamtenzentrale des ADGB und des Aja-Bundes zu errichten, die den Zweck haben soll, die in den angeschlossenen Verbänden vorhandenen Beamtengruppen zur gemeinsamen Vertretung allgemeiner Beamteninteressen zusammenzufassen.

Von den Gesinnungsgenossen in den im ADGB vereinigten Verbänden, für die eine Berufsorganisation auf dem Boden des ADGB nicht besteht, erwartet der Ausschuss, daß sie innerhalb dieser Beamtenverbände stets die freigewerkschaftlichen Prinzipien verfechten und den Grundsatz eines ständigen Zusammenwirkens zwischen DBB., ADGB und Aja-Bund in allen gemeinsamen Arbeitnehmerfragen unter Wahrung parteipolitischer Neutralität hochhalten.

Zum Arbeitszeitgesetz erstattete Umbreit ein ausführliches Referat, aus dem besonders hervorzuheben ist, daß der Reichswirtschaftsrat den Gesetzentwurf nicht eher verabschieden will, als bis die von der Regierung in Aussicht gestellten Gesetzwürte über die Arbeitszeit der anderen Arbeitnehmergruppen vorliegen. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Der Bundesausschuss des ADGB erkennt aus dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, daß die Reichsregierung bestrebt ist, den durch die Gesetzgebung der Revolutions- und Demobilmachungszeit errichteten Achtstundentag für alle Arbeitnehmer wieder zu besetzen. Diesem Zweck soll vor allem die Sonderregelung für gewerbliche Arbeiter dienen, neben den Sondergesetzen für die Arbeitszeit der Angestellten, der Verkehrsbetriebe, der Schifffahrt, der Heimarbeit, der Land- und Forstwirtschaft und schließlich der Beamten geplant sind. Im Einklang damit steht ferner die Zulassung von Ausnahmen in einem Umfange, der jedes Maß wirtschaftlicher Notwendigkeit überschreitet und die Arbeitsdauer im Einzelfalle der Willkür der Arbeitgeber und Behörden überläßt.

Der Bundesausschuß muß gegen eine solche Gestaltung des Arbeitsrechtes Verwahrung einlegen. Er fordert die Gewerkschaftsvertreter im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und die Arbeitervertreter im Reichstage auf, dafür zu sorgen, daß den deutschen Arbeitnehmern ihr gesetzlicher Achtstag ungeschmälert erhalten bleibt.

Die Gewerkschaften können nur einen Zeitgesetz zustimmen, das

1. die Arbeitszeit aller Arbeiter, Angestellte und Beamten einschließlich der Sonntags- und des Urlaubs gleichzeitig und gemeinsam nach den gleichen Grundsätzen regelt,
2. zum mindesten die Verpflichtungen der Arbeiter aus dem Washington und Genuea-Vertrag in vollem Umfange verwirklicht und
3. den Achtstundentag wirksam schützt und ihn preiszugeben.

Im Anschluß daran wurde folgende Resolution zur Ratifizierung der Internationalen Arbeitskonvention von Washington und Genuea angenommen.

Der Ausschuß des ADGB hat mit Befriedigung Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung die internationalen Arbeitskonventionen von Washington und Genuea noch immer nicht ratifiziert hat, obwohl diese schon vor langer Zeit vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Geltung angenommen worden sind.

Die Gewerkschaftsvorstände halten eine zögernde Ratifizierung dieser Abkommen deshalb für unverständlich, weil deren Inhalt auf wenige untergeordnete Punkte bereits von der deutschen Gesetzgebung erfüllt und teilweise überholt sind. Um so mehr Gewicht ist darauf zu legen, daß Deutschland durch die Anerkennung der Abkommen den noch zögernden Industriestaaten ein Beispiel sozialer Vorarbeit und der Arbeitsschaffung jener Staaten eine Auspursur zur Einwirkung auf ihre Regierungen gibt, diesem Beispiel als Vorbild zu folgen. Der Bundesausschuß des ADGB erwartet von der Reichsregierung, daß sie zum wenigsten diejenigen Abkommen ratifiziert, die durch die deutsche Gesetzgebung bereits erfüllt sind.

Zur Schlichtungsordnung referierte Leipart. Es handelt sich hauptsächlich um den § 55 und die Versuche, in diesem Verbesserungen anzubringen. Es kam im Reichswirtschaftsrat schließlich zu einem Mehrheitsbeschluß gegen die Stimmen unserer Gewerkschaftsvertreter. (Siehe Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 50.) Dieser Beschluß wurde vom Bundesausschuß gegen eine Stimme abgelehnt.

Sodann beschäftigte der Bundesausschuß sich mit dem bevorstehenden Gewerkschaftskongreß. Es handelt sich dabei hauptsächlich um eine vom Bundesvorstand vorgelegte Vorlage zur Errichtung von Bezirksausschüssen. Dazu referierte Schulze. Solche Bezirksausschüsse gibt es bereits in verschiedenen Gegenden Deutschlands; teils mit Unterstützung durch den Bundesvorstand. Da ferner die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten bevorsteht, schlug der Bundesvorstand vor, für jeden Bezirk eines solchen auch einen Bezirksausschuß des Bundes zu errichten. Weitere Bestimmungen in der Vorlage regeln die Aufgaben usw.

Gegen diesen Vorschlag wurden Einwendungen erhoben, da es vorgekommen ist, daß Ortsausschüsse über ihre Befugnisse hinausgingen und man befürchtete, dies könne auch bei Bezirksausschüssen geschehen. Auch wurde befürchtet, daß die Ausgaben die Gewerkschaften zu sehr belasten könnten. Ferner wurde empfohlen, mit der Errichtung von Bezirksausschüssen zu warten, bis die Abgrenzung der Gebiete für die Bezirkswirtschaftsräte erfolgt sei. Nachdem Genosse Leipart jedoch darauf hingewiesen hatte, daß der Gewerkschaftsbund dann mit der Errichtung von Bezirksausschüssen und Bezirkssekretariaten zu spät komme, und daß es sich zunächst nur darum handeln könne, in einigen größeren Orten, die mit größter Wahrscheinlichkeit auch die Sitze von Bezirkswirtschaftsräten werden, dort schon einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge auszuüben und die dabei gemachten Erfahrungen zu verwerten, nahm der Bundesausschuß die Vorlage des Vorstandes gegen drei Stimmen an.

Im Anschluß daran beauftragte Genosse Döbmann (Metallarbeiter), dem Gewerkschaftskongreß eine Vorlage zu unterbreiten, wonach Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl 500.000 übersteigt, berechtigt sein sollen, zu dem Bundesausschuß einen weiteren Vertreter zu entsenden. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ein weiterer Antrag des Genossen Döbmann, dem Deutschen Metallarbeiterverband zu gestatten, bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß zu dem Bundesausschußsitzen einen zweiten Vertreter zu entsenden zu dürfen, wurde mit 21 gegen 18 Stimmen angenommen mit der Maßgabe, daß nur einer der beiden Vertreter Stimmrecht habe.

Bei der Aussprache über die Wahl des Kongreßortes wurden mehrere Großstädte genannt. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, mit den betreffenden Ortsausschüssen in Verhandlungen zu treten.

Sodann nahm der Bundesausschuß noch folgenden Protest gegen die Maßnahmen der Interalliierten Militärkontrollkommission einstimmig an:

Der Ausschuß des ADGB stellt fest, daß die Interalliierte Militärkommission in jüngster Zeit erneut Forderungen gestellt hat, die angeblich die Anfertigung von Kriegsmaterial in Deutschland

verhindern sollen, in Wirklichkeit aber unberechtigte Eingriffe mit unabsehbaren Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben und damit eine schwere Schädigung der deutschen Arbeiter bedeuten. Diese Forderungen beziehen sich auf weitere Zerstörung von Gebäuden, Maschinen und Einrichtungen der Deutschen Werke und auf das Verbot, schnelllaufende Dieselmotoren zu bauen.

Der Bundesausschuß erhebt gegen das Verlangen der Interalliierten Militärkontrollkommission schärfsten Widerspruch. Er erklärt, daß die deutschen Gewerkschaften des öfteren ihren ersten Willen bekundet haben, Kriege in Zukunft unmöglich zu machen und daß sie darum die Herstellung von Kriegsmaterial verweigern und verhindern wollen. Der absolute Friedenswille der Gewerkschaften ist die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, er ist praktisch aber auch weit wirkungsvoller als die umfassendsten Maßnahmen der Interalliierten Militärkommission.

Unter Hinweis auf diese ernste Entschlossenheit fordert der Bundesausschuß, daß man die deutsche Arbeiterschaft endlich ihrer friedlichen, auf die Heilung der Kriegsschäden im In- und Ausland abzielenden Beschäftigung ungestört nachgehen läßt und daß die alliierten Regierungen bzw. ihre Kontrollorgane Handlungen unterlassen, die dieses hindern, dabei dem angestrebten Zweck nur sehr unvollkommen gerecht werden und zudem die nur kleine, freise umfassende kriegslästernde Reaktion stärken.

Ferner lag dem Bundesausschuß eine Entwurf zu einer Vereinbarung gegen wilde Streiks vor. Der Ausschuß lehnte es ab, diese Vereinbarung mit den russischen und den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften gutzuheißen. Es wurde jedoch betont, daß es vielmehr notwendig sei, in der nächsten Bundesausschußtagung über die Behandlung wilder Streiks zu verhandeln.

Infolge des Ausscheidens des Zentralverbandes der Angestellten aus dem ADGB wurde die Ersatzwahl eines Bundesvorstandsmitgliedes erforderlich, da nunmehr auch der Genosse Giebel als Angehöriger der genannten Gewerkschaft aus dem Bundesvorstand ausscheiden muß. Der Ausschuß wählte als Ersatz den Genossen Janschek (Bergarbeiter). Bei dieser Gelegenheit gedachte Genosse Leipart mit einigen warmen Worten des ausscheidenden Zentralverbandes der Angestellten, der nunmehr nur noch dem Afa-Bund angehört.

Genosse Broilat berichtete, daß einige Gewerkschaften Betriebsrätekonferenzen einberufen haben, die mit den Richtlinien des Betriebsrätekongresses nicht zu vereinbaren sind. Die Sache wurde dem geschäftsführenden Ausschuß der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale zur Stellungnahme überwiesen.

Damit war eine sehr umfangreiche Tagesordnung erledigt. Zum Schluß wurde noch der Wunsch ausgedrückt, es möge lieber öfter eine Ausschußsitzung einberufen werden, damit die Tagesordnung nicht wieder so sehr belastet werden muß.

Wirtschaftliche Übersicht.

Berlin, den 9. Januar 1922.

Die Londoner Besprechungen. — Die Resolution von Cannes: Allgemeine europäische Wirtschaftskonferenz im März; keine fremde Einmischung; ewiger Friede und neuer Druband — Londoner Arbeiterkonferenz. — Gewerkschaftliche Wiederaufbaukonferenz. — Um den Achtstundentag — Reorganisation der Eisenbahn und Sozialisierungskommission. — Kisis im graphischen Gewerbe? — Vertiefung der Lebenshaltung und ernste Arbeitskampfe.

Die Reparationspolitik des Feindbundes hat sich am Jahresende 1921 endlich auch für die Gegner Deutschlands als unvernünftig und undurchführbar herausgestellt. Die Beschaffung der Januarrate stieß auf ungeheure Schwierigkeiten und verursachte eine weitgehende Entwertung der Mark, so daß für ausländische Zahlungsmittel immer höhere Beträge in Papiermark gezahlt werden mußten. Die Versuche einer Kredithilfe scheiterten, und so sah sich die deutsche Regierung gezwungen, das Verhängnis durch ein Stundungsgesuch aufzuhalten, das vom 14. Dezember 1921 datiert und an den Präsidenten der Reparationskommission gerichtet ist. In dieser Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission wird auf das ernste Bemühen der deutschen Regierung hingewiesen, die beiden nach dem Zahlungsplan (Ultimatum) vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Reparationszahlungen vom 15. Januar und 15. Februar 1922 zu sichern, daß aber alle Bemühungen, eine Anleihe im Ausland aufzunehmen scheiterten. Von maßgebender Stelle Englands (Bank von England) sei der deutschen Regierung bekannt worden, daß eine solche Anleihe in England nicht zu erhalten sei, solange die jetzigen Reparationsverpflichtungen für Deutschland bestehen. Die Note stellt nicht die Forderung eines Memorandums modern beantragt lediglich einen Zahlungsausschuß für den nicht erfüllbaren Rest der Raten vom 15. Januar und 15. Februar, obwohl sich die deutsche Regierung bewußt sei, daß sie bei dem nicht erfüllenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Jedenfalls ist mit dem deutschen Ersuchen eines Zahlungsausschusses das ganze Reparationsproblem aufs neue aufgelockert worden. Es hält sozusagen die

Welt in Atem. Briand und Lloyd George trafen sich gegen Ende Dezember 1921 in London, um in eingehenden Fesprechungen zu einem Reparationsprogramm für 1922 zu gelangen. Was über das Ergebnis gemeldet wurde, ist nur spärlich. Danach sollen die Barzahlungen Deutschlands im Jahre 1922 „nur“ 500 Millionen Goldmark betragen, die in Raten vom 15. Januar bis 15. April zu begleichen sind. In diese Summe sind die Goldzahlungen für Okkupationskosten eingeschlossen. Alle übrigen Zahlungen sollen in Sachleistungen bestehen, nach Maßgabe des Friedensvertrages und des Wiesbadener Abkommens. Die Zahlung des Gegenwertes von 26 Prozent der deutschen Ausfuhr soll auch künftig nur durch Sachleistungen geschehen, so daß Devisenbeschaffung dafür nicht in Betracht kommt. Die Kosten der Rheinbesatzung sollen jährlich 200 Millionen Goldmark nicht überschreiten. Von der Milliarde vom letzten Sommer und den bis zum 15. April falligen 500 Millionen Goldmark wird England 500, statt der im Abkommen der Alliierten vom 13. August vorgesehenen 450 Millionen Goldmark erhalten, während Italien die bei ihm deponierten 175 Millionen Lire behalten soll. Frankreich soll von Deutschland im Jahre 1922 Lieferungen im Werte von 1 1/4 Milliarden, in den Jahren 1923 und 1924 von je 1 1/2 Milliarden Goldmark übernehmen. Diese französisch-englischen Vorschläge unterliegen der Beschlußfassung des Obersten Rates, der am 6. Januar 1922 in Cannes zu tagen begonnen hat. Nach Blättermeldungen soll in den Londoner Besprechungen auch der Plan eines englisch-französisch-deutschen Bündnisses aufgetaucht sein. Lloyd Georges Pläne wurden im Zusammenhang mit den Londoner Besprechungen wie folgt bezeichnet: 1. Endgültige Revision des Reparationsproblems, nach der nur die Verpflichtungen Deutschlands bezüglich der zerstörten Gebiete bestehen bleiben. 2. Einschränkung der Rüstungen zu Lande (Dreibund wie oben). 3. Wiederherstellung des Friedens im nahen Orient. 4. Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland.

Was in Cannes für den Wiederaufbau der Wirtschaft Europas geleistet werden wird, läßt sich noch nicht übersehen. Am Eröffnungstage, dem 6. Januar, wurde bekannt, daß Belgien zum Entgegenkommen bereit sei, Japan und Italien für das englische Programm seien und daß der Plan einer großen europäischen Wirtschaftskonferenz bestehe. Lloyd George sprach sich in seiner Rede vom 6. Januar für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands aus: „Es muß vermieden werden, Deutschland in das Chaos zu stürzen, in dem Rußland gegenwärtig darniederliegt. Wenn die sozialen Verhältnisse in Deutschland zerrüttet werden, so wird es sich infolge seiner Fähigkeiten und infolge des Temperaments seiner Einwohner als etwas viel Gefährlicheres erheben, als Rußland für seine Nachbarn ist“. Am 7. Januar nahm der Ausschuß der Konferenz eine lange Resolution an, die von großer Bedeutung ist. Sie besagt u. a., daß die auf der Konferenz vertretenen Mächte einstimmig der Ansicht sind, daß eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz Anfang März einberufen werden soll, zu der alle europäischen Mächte eingeladen werden sollen; daß die Nationen nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, sich gegenseitig die Grundsätze aufzuerlegen, nach denen sie die Fragen des Besitzes, die Wirtschaftsregeln und die Regeln im Innern ihres Landes bestimmen wollen; daß alle Länder gemeinsam die Verpflichtung auf sich nehmen, von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen.

Zu diesen Entschlüssen hat der energische Friedenswille der internationalen Arbeiterorganisationen in hohem Maße beigetragen. Noch am 8. Dezember tagte in London eine Notkonferenz der Nationalen Arbeitsgemeinschaft des englischen Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Arbeiterpartei über die Arbeitslosigkeit in ihrer Beziehung zur auswärtigen Politik, die folgende Forderungen aufstellte: Wiederherstellung des Handels mit Rußland, Maßnahmen zur Stabilisierung der Valuta durch Beseitigung der künstlichen politischen Fesseln für den internationalen Handel, Gewährung von Kredit oder einer internationalen Anleihe zur Wiederherstellung der Produktion in Europa, Revision der territorialen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages und Revision der Reparationsverpflichtungen, und endlich gegenseitige Annulierung der Kriegsschulden der Siegerstaaten. Weiter tagte am 21. und 22. Dezember 1921 in Frankfurt a. M. eine Wiederaufbaukonferenz der deutschen und französischen Gewerkschaften. Silberschmidt vom ADGB, der die Konferenz leitete, wies auf die hohe Bedeutung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland hin, während Jouhaux betonte, das Projekt des Wiederaufbaus eine Bedeutung habe für die Beziehungen der Völker Europas untereinander, die weit über dies Problem hinausgehe. Die Konferenz sprach sich einmütig für die Fortführung der Vorarbeiten aus.

So werden die Arbeiterorganisationen aller Länder durch gemeinsame Interessen zusammengeführt. Und die Interessen des internationalen Kapitals tragen zu ihrem Teil dazu bei, die Arbeiter aller Länder auch in der Verteidigung gemeinsamer Interessen und Errungenschaften zusammenzu-

führen: **Der Achtstundentag ist in Gefahr.** In Deutschland wird die Durchlöcherung des Achtstundentages durch „Reform“ der Eisenbahn- und Postbetriebe versucht, mit der eine Personalverminderung verbunden werden soll. Ende Dezember wurde ein Referentenentwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit des Personals der Eisenbahnen bekannt, der einen Unterschied macht zwischen **Arbeitszeit** als der Zeit der wirklichen Arbeitsleistung und der sogenannten **Dienstbereitschaft**. Die Dienstbereitschaft, also die Zeit der Arbeitsleistung, der Dienstbereitschaft, der Pausen und Dienstfahrten, darf nach dem Entwurf „höchstens 15 Stunden“ betragen. Diese Absichten haben nicht wenig zu dem **Ausbruch des Eisenbahnerstreiks** Ende Dezember beigetragen, obwohl als Hauptursache der unbefriedigende Verlauf der Lohn- und Gehaltsbewegung vom November 1921 anzusehen ist, der neue Forderungen der Spitzenverbände vom 3. Dezember zur Folge hatte. Die Einigungsverhandlungen vom 31. Dezember 1921 führten zu einem Abschluß des Kampfes. Weitere Verhandlungen über die Ortsklassen und allgemeine Lohnverhandlungen wurden für den 5. Januar 1922 zugesagt. Die **Übertuerungszuschüsse** des Tarifvertrages wurden mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 vorläufig um 1 Mark pro Stunde erhöht.

Die Reorganisation der Eisenbahn steht bevor. Der Entwurf eines Eisenbahnfinanzgesetzes ist nunmehr soweit fertiggestellt worden, daß er den gesetzgebenden Körperschaften zugehen kann. Über die Arbeitszeitsfrage schweben noch Verhandlungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und des Reichverkehrsministeriums. Die Sozialisierungskommission hat ebenfalls zur Frage der Reorganisation der Eisenbahn Stellung genommen, allerdings nicht einheitlich: es liegen 3 verschiedene Gutachten vor. Ein von Vertretern der freien Gewerkschaften gezeichnetes Gutachten wendet sich gegen die Entstaatlichung der Eisenbahn und macht Vorschläge für die Reorganisation. Ein von christlichen Gewerkschaftsführern gezeichnetes Gutachten schlägt Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und gemischtwirtschaftlichen Betrieb vor, unter Beteiligung des Reiches, der Länder, der Eisenbahnergewerkschaften und der Eisenbahninteressenten. Ein drittes Gutachten (v. Siemens) schlägt eine Kommission von sechs Mitgliedern vor zur Vornahme eingehender Untersuchungen.

Nachdem am 12. Dezember der Reichsrat neuen erheblichen Erhöhungen der Postgebühren zugestimmt hatte, (ein Brief 2 Mark!), fanden diese Erhöhungen auch im Reichstag mit Wirkung vom 1. Januar 1922 Annahme. Das **graphische Gewerbe** wird von diesen — auf Geheiß der Entente vorgenommenen — Tarifierhöhungen besonders hart betroffen. Auch andere Tatsachen und Umstände tragen dazu bei, eine **Krisis für das graphische Gewerbe** mindestens vorzubereiten: Kohlennot, mangelhafte Wagengestellung der Eisenbahn für den Papiertransport, Profitgier der Zellstofffabrikanten. Eine Reihe von Druckpapierfabriken sind bereits ohne Zellstoff, die Zeitungsverlage sind bis heute im unklaren über die Preise des Druckpapiers, das sie seit dem 1. Januar verarbeitet haben, weil die Zellstofffabrikanten ja Zeit haben die Preise in ihrem eigenen Interesse festzusetzen. **Hier tut staatlicher Eingriff im Interesse der Allgemeinheit bitter not.**

Die zum 1. Februar 1922 vorgesehene **Erhöhung der Tarife für den Personen- und Gepäckverkehr** soll eine Erhöhung um 25 v. H. auf 75 v. H. bringen, während für den Güterverkehr eine Erhöhung von 30 v. H. vorgesehen ist. Mit dem Inkrafttreten des neuen Fahrplans, also ab 1. Juni 1922, werden **beschleunigte Personenzüge mit Wagen 4. Klasse** verkehren.

Wie diese Tarifierhöhungen dazu beitragen werden, eine **weitere Verteuerung der Lebenshaltung** herbeizuführen, so sind auch noch andere Kräfte am Werk, die auf dieses Ziel lossteuern: Fortschreitende Entwertung der Mark, Kartoffelwucher der Landwirte, und nicht zuletzt die unter Mitwirkung des Reichsministers Dr. Hermes herbeigeführte Verteuerung der Preise für künstlerische Düngemittel, die nach der neuen Preisverordnung nunmehr das Zwanzig- bis Fünfzigfache des Preises vor dem Kriege betragen. **Die Großhandelspreise stehen zu Anfang des Jahres 1922 bereits auf dem Sechsdreißigfachen des Friedensstandes!** Da die Löhne mit dieser Entwicklung bei weitem nicht Schritt gehalten haben, ist die Auswirkung all dieser Tatsachen auf Lohngestaltung und Lebenshaltung nicht abzusehen. **Jedenfalls werden die Lohnbewegungen nicht abreißen und sehr ernste Formen annehmen.**

F. P.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Die Antwort.

Die Angleichung der Löhne der Arbeiter an die Kosten der Lebenshaltung wird immer schwieriger. Alles mögliche und unmögliche Beweismaterial wird von den Unternehmern herangeschleppt, um die Lohnforderungen der Arbeiter abweisen oder auf ein Minimum herabdrücken zu können. Hand in Hand damit gehen Anweisungen der

Unternehmerverbände, „neue unerhörte Forderungen der Gewerkschaften“ abzulehnen, obwohl auch diesen Leuten bekannt ist, daß der Reichskanzler einem italienischen Zeitungskorrespondenten gegenüber äußerte: „Um das Gleichgewicht in der allgemeinen Staatsbilanz herzustellen, sei eine starke Lebensverteuerung unvermeidlich. Der Januar werde infolgedessen neue Erhöhungen des Brotpreises und des Kohlenpreises bringen.“

Mit dieser Haltung der Unternehmer, die nur der Ausfluß des geschlossenen organisierten Handelns ist, geht einig die Haltung des Gesamtkapitals. Der Krieg hat ihm eingebläut, daß die Verwüstungen des Krieges, die er naturgemäß anrichten muß, ungleich schwerer wiegen, als alle Vorteile, die das Kapital daraus ziehen kann. Die Washingtoner Konferenz, die den Anfang einer neuen Ära einleitete, deutet dem kritischen Auge an, daß das Kapital zur Sicherung seines Profites den zweiten Weg der Ausbeutung zu beschreiten beginnt. Der zweite Weg, die zweite Methode ist der Versuch, die Anarchie zu überwinden durch die Organisation; die zweite ist die wirtschaftlichere und unendlich wirksamere.

Es ist ganz ohne weiteres klar, daß, besonders die gewerkschaftlichen Kämpfe wesentlich schwieriger werden müssen, wenn der Konkurrenzkampf der Unternehmer untereinander wesentlich abgeschwächt worden ist, und an Stelle der Konkurrenz die Vereinbarung getreten ist. Wie weit diese Bemühungen des Kapitals schon Früchte getragen haben, durch Vereinbarungen den Konkurrenzkampf zu unterbinden, zeigt deutlich ein Blick auf den Lebensmittelmarkt. Auch bei uns.

All diese Gründe, und noch weit mehr jene, die wir in Nr. 51 der „Graphischen Presse“ vom 16. Dezember 1921 darlegten, waren maßgebend dafür, daß die letzte Gauleiterkonferenz nach Mitteln suchte, den Kampf der Arbeiter wirksamer und erfolgreicher zu gestalten. Der Extrakt dieser Aussprache wurde in jener Entscheidung niedergelegt, die in gleicher Nr. der „Graphischen Presse“ der Kollegenschaft zur Kenntnis gegeben wurde mit der Maßgabe, sie an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund weiterzugeben.

Der **Verbandsvorstand** hat sich dieser Pflicht insoweit entledigt, als er die Weitergabe der Entschliebung unverzüglich vorgenommen hat. Aus dem Eingangsbestätigungsschreiben des ADGB geht nun hervor, daß der Vorstand des ADGB mit unserm Verband vollständig konform geht und unsere Entschliebung zum Anlaß genommen werden soll, mit der Genossenschaftsbewegung erneut in Verhandlungen einzutreten. Der Vorstand des ADGB ist mit uns der Meinung, daß die Genossenschaften zu einer weit einflußreicheren Konsumenten Organisation entwickelt werden müssen, und alles getan werden muß, um dieses Ziel zu erreichen.

Obwohl man mit der Antwort des **Bundsvorstandes** zufrieden sein kann, darf es damit nicht sein bewenden haben. Die Bemühungen des Bundsvorstandes müssen von jedem einzelnen Genossenschaftler auf das nachdrücklichste unterstützt werden. Es kommt dabei nicht allein darauf an, in der Genossenschaft selbst die in der Entschliebung niedergelegten Gedanken zum Ausdruck zu bringen und sie als Forderung aufzustellen sondern von eben solcher Wichtigkeit ist, die der Genossenschaft noch fernstehenden Arbeiter ihr zuzuführen. Daran darf auch die Tatsache nichts ändern, daß ein Teil der führenden Genossenschaftler wiederholt eine Stellung eingenommen haben, die recht unverständlich erscheint. Auch ist es ein Irrtum von außen her, sozusagen über den Zaun, die Genossenschaften zu einer brauchbaren proletarischen Waffe auszugestalten zu können. Im Gegenteil! Deshalb muß es heißen: Hinein in die Genossenschaften! Auch dann hinein in die Genossenschaften, wenn sie noch nicht so eingerichtet sind, daß sie von selbst die Arbeiter anziehen und jedes Mitglied gern Mitglied ist. Wir verhehlen nicht, besonders in den Konsumvereinen bleibt noch manches zu tun übrig; um sie so werden zu lassen, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin mit Freuden Mitglied ist und dort kauft. Manches muß beiseite gelassen werden, das heute noch die Entwicklung der Konsumvereine hindert. Wir verhehlen aber auch nicht, daß zu einem Teil die Haltung der Käufer ebenfalls eine andere werden muß, sollen auch die Konsumvereine ein brauchbares Glied in der Kette der proletarischen Befreiungswaffen werden.

Es hieße die Arbeiterschaft schlecht beraten, den beginnenden Methodenwechsel des Kapitals nicht mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund zu rücken. Es wäre auch nichts bornierter, als vor dieser Entwicklung die Augen zu schließen. Erkennen was ist, und dann unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, das ist unsere Aufgabe, die wir nur bei Strafe der Selbstschädigung vernachlässigen dürfen. Der strafferen Organisation des Kapitals muß die straffere Organisation des Proletariats entgegengestellt werden! Alle politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihre Glieder müssen mit allem Nachdruck eine großzügige und ständige Propagierung des Genossenschaftsgedankens in die Wege leiten! Jeder Gewerkschaftler muß verpflichtet werden, tüftiges Mitglied der Genossenschaft zu werden und zu bleiben

Wir fragen deshalb erneut: **Bist Du genossenschaftlich organisiert, Kollege? Wenn nicht, dann organisiere Dich sofort!**

Was wir fordern müssen!

Nr. 47, der „Gr. Presse“ erwähnt der **Verbandsvorstand** die Kollegen, im Interesse eines geordneten Arbeitens in der Tarifgemeinschaft alle örtlichen Lohnbewegungen zu unterlassen. Das ist gefährlich, nur müssen aber alsdann auch die Anordnungen fehlen, welche diese örtlichen Bewegungen direkt hervorruft. Wenn man die letzten tariflichen Lohnvereinbarungen der Buchdrucker mit den übrigen vergleicht, dann müssen wir uns wohl nicht bel als Arbeiter zweiter Klasse vorkommen. Es ist doch wohl ein starkes Stück, wenn unsere Kollegen an ihren schweren großen Maschinen mit ihrer verantwortungsvollen Bedienung zirka 60 Mk. monatlich entlohnt werden als beispielsweise ein Buchdrucker an der Tiegeldruckpresse. Ja, sogar unsere Offset- und Rotationsdrucker erhalten, obwohl sie durchschnittlich bedeutend über Tarif bezahlt werden, immer noch 20—30 Mk. weniger als zu dem bloßen Tariflohn arbeitender Buchdrucker. Ein Buchdruckerei-Hilfsarbeiter erhält in einem Mittellohn ganze 9,30 Mark weniger als unsere Lithographen und Druckerkollegen. Die zweierlei Bewertung der graphischen Arbeit muß unbedingt ein Ende nehmen. Wir sind gewiß den tariflichen Abmachungen des Bundsvorstandes nachkommen, aber sie dürfen uns wenigstens nicht an die Ehre gehen. Es ist eine direkte Demütigung gegenüber den anderen Mitarbeitern, wenn unsere Leistungen in einem Wert derartig zu unseren Ungunsten herabwürdig werden. Kollegen nehmt Alle in euren Versammlungen zur Abstellung dieses unhaltbaren Zustandes Stellung. Wir müssen verlangen, daß unbedingt eine Gleichstellung in unserer Entlohnung mit derjenigen der Buchdrucker erfolgt, und jede höhere Lohnvereinbarung der anderen Gruppe, automatisch auch eine solche für uns bringen muß, und sollte dies auch nur durch einen Kampf möglich sein. Allerdings wäre es dann auch nötig, daß nicht vom ersten Tage an die Hand zur Streikunterstützung ausgestreckt wird. Wir müssen soviel Idealismus aufbringen, auch ev. einmal einige Wochen ohne Unterstützung auf uns selbst angewiesen zu sein, um den Verband stark zu erhalten. Der Egoismus des einzelnen, muß dem Wohle des Ganzen auch unter Opfern untergeordnet werden. Auf dieser Basis könnte alsdann auch der **Verbandsvorstand** in tatkräftigster Weise für unsere Gleichberechtigung eintreten.

Hirschberg i. Schl.

H. L.

Ortsberichte.

Magdeburg. Bericht der am 10. Dezember stattgefundenen Monats-Versammlung. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten über Umwandlung des hiesigen Gewerkschaftskartells in einen Ortsausschuß, Volkshochschule, Arbeiter - Samaritaner usw. entspinnt sich eine lebhaft Debatte über die neuen Lohnerhöhungen. Die Sätze sind im Verhältnis zu der bestehenden Teuerung und der den Buchdruckern gewährte Zulage entschieden zu niedrig. Die Lithographen und Steindruckler erklären sich mit einer, von Chemigraphen und Buchdruckern bereits abgesandten Resolution einverstanden, in welcher der **Verbandsvorstand** ersucht wird, baldmöglichst mit den Unternehmern in neue Lohnverhandlungen einzutreten.

Schart gerügt wird die Unsitte, daß Kollegen immer noch ohne Auskunft zu reisen, oder ihre Lohnforderungen zu niedrig stellen. In Zukunft wird der hiesige Ortsvorstand die schärfsten Maßnahmen ergreifen und unter Umständen den Ausschluß des Kollegen beantragen.

Mit der Zustimmung des **Verbandsvorstandes** zur Besetzung von Offset-Pressen durch Buchdrucker können sich die hiesigen Kollegen nicht einverstanden erklären. Die Begründung, es seien nicht genügend Steindruckler vorhanden, wird als nicht berechtigt betrachtet. Es sind noch viele Kollegen außer Beruf. Der Grund, daß diese noch nicht zum Beruf zurückgekehrt sind, liegt in der schlechten Befahrung. Es muß den Unternehmern klargemacht werden, daß auch in unserem Beruf eine bessere Entlohnung nötig ist. Der Passus, Buchdrucker nur dort an der Offset-Maschine zu beschäftigen, wo Buchdrucker durch Offset verdrängt wird, ist kaum durchführbar. Denn niemand wird einen ausgebildeten Buchdrucker, welcher unserem Verbandsangehörig hindern können sich zu verändern. Wir müssen auch damit rechnen, daß bei uns wieder Arbeitslosigkeit einsetzt. Die gegenwärtige gute Konjunktur ist in der Hauptsache durch Anstandsarbeit bedingt und das Steigen unserer Mark wird uns unfehlbar der Gefahr der Arbeitslosigkeit nahe bringen. Lichtdrucker und Chromolithographen sind unserer Auffassung nach eher berechtigt und geeignet zum Offset-Druck überzugehen. Die Versammelten kommen zu dem Beschluß, daß es Sache der General-Versammlung sei, über diese wichtige Frage zu entscheiden. Nach einem Bericht über unsere gutverlaufene Senefelder Feier wird die Versammlung geschlossen.

H. Vollmer, Schriftführer

Der Betriebsrat

Ein Leitfadens zum Studium der Wirtschaftsgeschichte.

„Es kommt nicht darauf an, die Welt zu interpretieren, sondern darauf, sie zu verändern“. In diesem einen Satze ist die Tätigkeit der gesamten Arbeiterbewegung vollinhaltlich erfaßt. Es kann und darf der Arbeiterbewegung nicht allein darauf ankommen die Welt so zu sehen wie sie ist, sondern sie muß aus dem Sehen der Welt wie sie ist die Nutzenwendungen und Schlußfolgerungen zu ihrer Veränderung ziehen.

Obwohl diese Weisheit nicht von heute ist und in der Arbeiterbewegung immer ihre Geltung hatte, ist sie im täglichen Kampfe des Proletariats doch nicht so beachtet worden als es notwendig gewesen wäre. Die geistige Bereitschaft, die kapitalistische Gesellschaft, die tausendfach komplizierter ist, als ihre Vorgänger abzulösen, war nicht vorhanden, ist auch heute noch nicht vorhanden. Das hat nichts besser bewiesen als die politische Revolution, in der wir auch heute noch immer stehen. Die staatliche Grundlage wurde angetastet, umgewälzt, die wirtschaftliche jedoch blieb unverändert. Solange jedoch die wirtschaftliche Umwälzung der politischen nicht folgt, müssen alle ihre Errungenschaften als aufs höchste gefährdet erscheinen. Denn nur in der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktionskräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die *reale Basis*, worauf sich ein *juristischer und politischer Überbau* erhebt und welcher bestimmte Bewußtseinsformen entsprechen. *Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt.* Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, daß ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.

Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt haben. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.

Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und *neue, höhere Produktionskräfte treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft ausgebrütet worden sind.* Daher stellt sich die Gesellschaft immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sie stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.

Diese Stufe der gewissen Entwicklung, in der die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft mit den Produktionsverhältnissen in Widerspruch stehen, ist erreicht. Aber der Novembersturm trat die revolutionäre Klasse geistig vollständig unvorbereitet an; wenigstens soweit die geistige Führung der Wirtschaft in Frage kommt. Die Folgen dieses Unvorbereiteteins läßt der rückläufige Gang der Dinge der letzten drei Jahre erschreckend klar erkennen. Die durch die Umwälzung gestellten wirtschaftlichen Aufgaben konnten nicht einmal im Anfang der Lösung zugeführt werden. Das wirtschaftliche Denken der breiten Massen war so schwach entwickelt, daß mit dem Abc der Wirtschaft begonnen werden mußte. Besonders die Gewerkschaften versuchen mit einem Eifer, der keine Kosten scheut, in kurzen Jahren nachzuholen, was in langen Jahren versäumt wurde. Die Träger der künftigen Wirtschaftsordnung, die Betriebsräte, werden in besonderen Veranstaltungen für ihre besondere Aufgabe geschult und es wird alles getan, ihnen ihre praktische Tätigkeit zu erleichtern.

Aber alle Unterweisung in praktischer Arbeit wird ihr Ziel verfehlen, wenn die Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte fehlt, die zur Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse nötig ist. Denn wer die bestehende Gesellschaftsordnung stürzen will, wer eine neue, vernünftigere an ihre Stelle setzen will, muß alle in der Gesellschaft wirkende Kräfte an sich und in ihrem Verhältnis zueinander kennen. Erst dann wird er in der Lage sein zu erkennen, was nottut und wo der Hebel anzusetzen ist.

Diesem unzweifelhaften Bedürfnis, in leichtverständlicher Weise in die Wirtschaftsgeschichte einzudringen, will ein Leitfadens zum Studium der Wirtschaftsgeschichte, verfaßt von L. Seyler, abhelfen. Diese Broschüre ist ein Wegweiser durch das vielverzweigte Gebiet der Wirtschaftsgeschichte, die unsern Betriebsräten nur auf das nachdrücklichste zum Studium empfohlen werden kann. Man muß sagen, daß der Zweck der Broschüre, dem Arbeiter etwas zu bieten, was seinem Geiste, seiner Vorbildung und seinem Auffassungsvermögen entspricht und doch die Seichtigkeit vermeidet, erreicht worden ist. Eine Menge Tatsachen und Anregungen sind in kurzer und interessanter Weise zusammengestellt, sowie leicht übersichtlich und begriff-

lich. Ausgehend von der Schilderung der Lebensweise der Hirtenvölker, des Gemeinschaftsinnes der damaligen Volksstämme nebst einer Besprechung der antiken Wirtschaftsform und der Entstehung wie Entwicklung des Handwerks wird in eingehender und leicht auffälliger Weise auch die Entwicklung des Wirtschaftslebens im 19. und 20. Jahrhundert dargestellt. Desgleichen die kapitalistische Wirtschaftsweise, das Aktien- und Bankwesen, sowie die Einrichtungen der Kartelle, Syndikate, Treß bzw. deren Zweck und Ziel. Indem noch auf die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter und Angestellten, sowie der Genossenschaften, der Unternehmerverbände und agrarischen Organisationen hingewiesen und deren Bestrebungen in leicht begrifflicher Weise geschildert werden, ist ein reichhaltiges Literaturverzeichnis der für die Arbeiterschaft und allen, die ihre volkswirtschaftliche Bildung vermehren wollen, unter Angabe des Verlags angegliedert. Jedem, der für die gewerkschaftlichen Bestrebungen tätig ist und behüchlich sein will, dieselben zu verwirklichen, ist die Anschaffung dieser Broschüre nur zu empfehlen.

Dieselbe erscheint im Verlag von Schlicke & Co., Stuttgart und beträgt der Preis pro Exemplar 3.— Mark. Bei Bestellung von weniger wie 10 Stück ist die Voreinsendung des Betrages an oben genannten Verlag erforderlich.

Photogr. Mitarbeiter.

Preisschleuderei.

Ein stehendes Thema in allen Fachzeitschriften ist zur Zeit die Frage der Preisfestsetzung und die Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz im Photographiegewerbe. Was in dieser Beziehung schon alles zusammengeschrieben und geredet worden ist, geht tatsächlich auf keine Kuhhaut und man könnte sich als der bekannte Dritte od. der gründlichen Gegenseitigen Abbürstung, die die Unternehmer untereinander vornehmen eins ins Fäustchen lachen, wenn dabei nicht in nichtmißzuverstehender Weise zum Ausdruck käme, daß die ganze Schleuderei lediglich nur auf Kosten des Arbeitslohnes betrieben wird. Immer wieder und wieder wird in diesen Auseinandersetzungen der Beweis dafür gebracht, daß die Materialien feststehend und für alle im Preise gleichmäßig sind und nur an dem Arbeitslohn gespart werden kann. Daß sich diese Ersparnis dann zu guterletzt auf den Gehilfen od. die Gehilfin abwälzt ist so sonnenklar, daß es darüber gar keine Worte mehr zu verlieren gibt.

Lediglich nur aus dieser Preisschleuderei im Porträtfotographiegewerbe resultiert die geradezu skandalöse Bezahlung der Berufsarbeiter, die heute zu verzeichnen ist. Wenn auch der Berufsarbeiter noch nie davon reden konnte anständig für seine doch immerhin allerhand Fähigkeiten erfordernde Tätigkeit bezahlt zu werden, so hat doch heute die Entlohnung einen Tiefstand erreicht, daß es tiefer wahrlich nicht gut gehen kann. Selbst der Vorsitzende der Berufsorganisation der Atelierbesitzer, dem man nach seinem bisherigen Verhalten selbst bei starker Biegung der Wahrheit nicht den Vorwurf der Arbeiterfreundlichkeit machen kann sah sich gezwungen einzugehen, daß die Löhne der Gehilfen und der Gehilfinen niedrig sind. Ein solches Eingeständnis von einem Unternehmervertreter will schon allerhand bedeuten und zeigt an, daß Porträtfotographen mit ihrem jetzigen Lohn einfach gar nicht auskommen können.

Nur aus der geradezu hundmiserablen Entlohnung der Gehilfen und Gehilfinen resultiert die von allen einsichtigen Elementen in Grund und Boden verdornerten Pfluscharbeit nach Feierabend, an der die auf Lohnarbeit angewiesenen Berufsarbeiter der Porträtfotographie in ganz gehörigem Maße partizipieren und so den eigenen Beruf noch mehr als bisher auf den Hund bringen. Es sind durchaus nicht nur Amateure und „ehemalige Laufburschen“ von Porträtschäften, die so verhängnisvoll mit ihrer Pfluscherei auf das Gewerbe einwirken. In nicht wenigen Fällen sind es auch Gelehrte. Allerdings Gelehrte, die infolge der wilden Zucht von Lehrlingen gar keine Beschäftigung im Berufe finden konnten und nun als Arbeiter in irgend einem Wirtschaftszweige nach Feierabend ein wenig dafür haben wollen, daß man ihnen drei oder 4 Jahre ihrer schönsten Zeit des Lebens aus skrupelloser Gewissenlosigkeit nahm. Es ist eben auch nur hier wie immer: Alle Schuld rächt sich auf Erden.

Läßt man bei all den Auseinandersetzungen über Preisschleuderei das ganze drum und dran weg und beachtet nur das wirklich Maßgebende, dann stößt man wiederholt auf Äußerungen die beweisen, daß die Atelierbesitzer, sehr wohl einzuschätzen wissen was notwendig ist, um heute existieren zu können. Um die Preise auf eine gesunde Grundlage zu bringen, hat man allerhand und genau spezialisierte Rechnungen aufgemacht, die ganz interessante Einblicke bieten. Was uns an diesen Rechnungen besonders interessiert, ist die Einschätzung der aufzuwendenden Arbeitskraft und die dafür notwendige Bezahlung. In allen diesen Rechnungen wird als durchaus nicht als zu hoch gegriten, der Stundenlohn eines Photographen mit 8 Mk. eingesetzt. Auch wir sind der Meinung, daß diese 8 Mk. als durchaus nicht zu hoch angesetzt zu beurteilen sind, gestatten uns aber die Frage, in welchem Geschäft diese 8 Mk. auch dem Personal zu-

fließen. Man kann wohl mit gutem Fug und Recht behaupten: in keinem. Die Bezahlung der Gehilfen im Porträtgewerbe ist ja nach dem eigenen Geständnis des Vorsitzenden des Zentralverbandes niedrig und wir meinen, ein solches Geständnis eines Vertreters einer Unternehmerrgruppe, die mit fliegenden Fahnen in das reaktionäre Lager des Reichsverbandes des deutschen Handwerks eingeschwenkt ist, will schon so manches heißen.

Wir wiesen schon wiederholt darauf hin, daß das ganze Elend der Berufsarbeiter im Porträtgewerbe nicht zuletzt aus der Indolenz dieser Arbeitergruppe der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber herrührt. Was der feste gewerkschaftliche Zusammenschluß zu erreichen vermag, ist schon oft genug dargelegt worden. Um aber wieder an einem den Porträtfotographen sehr naheliegenden Beispiel die Richtigkeit dieser Behauptung nachzuweisen, sei auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der photographischen Kunstdruckindustrie hingewiesen, die den am 15. November für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe getätigten neuen Lohnabschluß auch für sich als verbindlich erklärt. Entspricht auch dieser Abschluß den gehegten Erwartungen nicht, weil die Forderungen angesichts der Lage der Arbeiter und der eingetretenen Teuerung viel weiter gehen, so ist er doch immerhin ein annehmbarer Erfolg der gewerkschaftlichen Organisation. Ohne die gewerkschaftliche Organisation wäre ganz unzweifelhaft die Lage der Arbeiterschaft in der photographischen Kunstdruckindustrie so, daß auch die Unternehmer wahrscheinlich als Erfolg ihrer Tätigkeit sagen würden: Die Löhne unserer Arbeiter sind niedrig. Wollen auch die Berufsarbeiter und Berufsarbeiterinnen des Porträtfotographiegewerbes endlich zu einer wenigstens annähernd menschlichen Existenz kommen, dann müssen sie durch festen, restlosen gewerkschaftlichen Zusammenschluß sich den als nicht zu hoch eingesetzten Stundenlohn erkämpfen. Dann hört auch zu einem nicht unerheblichen Teile die jetzt so berechtigige Klage über Preisschleuderei auf.

Feuilleton.

Eine Geschichte der Spaltung.

Wer mitten in der deutschen Arbeiterschaft lebt und wirkt, weiß, wie stark die Sehnsucht des deutschen klassenbewußten Proletariats nach einer politischen Einheitsfront ist. Die Ereignisse haben eine zu deutliche Sprache gesprochen, als daß sie hätten spurlos vorüber gehen können. Hinzu kommen noch die aus der Zersplitterung resultierenden Bedrohungen der gewerkschaftlichen Einheitsfront. Wer mit Aufmerksamkeit die nach dem Kriege abgehaltenen Generalversammlungen und Verbandstage der freien Gewerkschaften verfolgt hat, konnte ohne große Mühe feststellen, daß sich die politische Zersplitterung auch auf die freien Gewerkschaften zu übertragen drohte.

Inzwischen hat sich eine wesentlich andere Beurteilung der Dinge durchgesetzt. Unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ist das Verhältnis der politischen Parteien der Arbeiterklasse zueinander wesentlich geändert worden. Diese Veränderung offenbarte sich in nicht mißzuverstehender Weise auf dem Verbandstage der größten freien Gewerkschaft, dem letzten Metallarbeiterverbandstag. In der Erkenntnis, daß nur durch volle Geschlossenheit der Arbeiter ihre Interessen wirksam zu vertreten sind, fand der Metallarbeiterverband die Formel, die gemeinsame Arbeit möglich machte.

Diese Formel auch auf dem Gebiete der politischen Organisation zu finden wird die Aufgabe aller jener sei, die in einer proletarisch-politischen Massenpartei die beste Waffe im politischen Kampfe des Proletariats erblicken und einer Einigung das Wort reden. Da der Wille der Massen, die Periode der Zwistigkeiten zu überwinden, allmählich so stark geworden ist, kann er von keiner Partei mehr auf die Dauer ignoriert werden. Es gilt deshalb einen gangbaren Weg zu suchen, an dessen absehbarem Ende die politische Einheitsfront steht.

Dieser Weg kann nur gefunden werden, wenn dem Erkennen, was ist, auch das Erkennen, was war, zur Seite steht. Was war schildert Eugen Prager in einer im Verlage der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2 erschienenen Schrift: *Die Geschichte der USPD*, Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zum erstenmale wird den deutschen Arbeitern eine zusammenfassende Darstellung der Kämpfe gegeben, die während des Krieges in der deutschen Arbeiterbewegung auftraten und zur Bildung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führten. Das von Prager angeführte authentische Material über die Ursachen und die Entstehung der Spaltung zeigt so deutlich wie nur irgend möglich, welche Klippen bei einer Einigung zu umschiffen sind und das einigende in den Vordergrund der Auseinandersetzungen geschoben werden muß. Es zeigt aber auch, daß eine Massenpartei in so schweren historischen Momenten, wenn sie einem Auseinanderfallen begegnen will, der Minderheitsmeinung Gelegenheit geben muß, zu Worte zu kommen.

Was Prager über die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Reiches vor dem Kriege und über die Geschichte der USPD. zu sagen hat,

ist wert von jedem gelesen zu werden. Was dagegen Prager in seinem Ausblick gibt, dürfte von der Entwicklung korrigiert werden. Soll eine Einigung der politischen Parteien des Proletariats möglich werden, soll auch im politischen Kampfe die Einheitsfront hergestellt werden, dann ist das nur möglich durch Abgleich der trennenden Auffassungen. Bei einer Einigung müssen deshalb alle Parteien geben; keine darf sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Ehe sich diese Auffassung nicht durchgesetzt hat, ist selbst bei ständiger Hervorhebung des Gemeinsamen in der Arbeiterbewegung nichts entscheidendes getan.

Das Buch Pragers kann jedem nach Klarheit strebenden Arbeiter nur auf das angelegentlichste zum Studium empfohlen werden. Nur wer eingehend die Ursachen der Spaltung kennt, wird den Weg zur Einigung finden. Deshalb wird die Geschichte der USPD, auch von jenen politisch organisierten Arbeitern mit Gewinn gelesen werden, die nicht der USPD. angehören.

Durch seine Sadihkeit und durch sein strenges Bemühen, die Dinge nicht zu beschönigen, sondern sie wirklich zu sehen, wird es viel dazu beitragen, das russische Problem aus dem Nebel politischer Phantasereien in die nüchterne Wirklichkeit zu tragen.

Denkschrift über den dritten Polen-Aufstand Mai-Juni 1921 im Kreise Hindenburg O.-S. Herausgegeben von den Deutschen Parteien und Gewerkschaften des Kreises Hindenburg O.-S.

Die Siedlungsgesetzgebung. Ein Kommentar von Dr. Eduard David. Verlag Buchhandlung Vorwärts.

Die 124 Seiten starke Schrift greift ein Gebiet auf, das bisher eins der stark vernachlässigsten war. Siedlungsgesetzgebung! Gewiß, sie wurde schon unter Wilhelms Zeiten getrieben, Warum, dürfte bekannt sein. Das Reichssiedlungsgesetz vom 11 August 1919 aber wandelt andere Bahnen. Eine Menge weiterer Gesetze und Ausführungsbestimmungen sind ob des Reichssiedlungsgesetzes ergangen. Einen Führer durch all die Gesetze und zugleich einen Kommentar bietet David in seinem Buche, das Interessenten nur empfehlen werden kann.

Richtlinien zu einem Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens. Aufgestellt vom ADGB und Afa-Bund. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis Mk. 7.-

Durch Reichsgesetz wird die Bildung von Pfllichtgenossenschaften, sogenannten Hausschaften, verlangt, in denen 500 bis höchstens 1000 Wohnungen und auch Gewerberäume zusammengefaßt werden. Die Hausschaften einer Stadt bilden zusammen den Wohnungsverband, ebenfalls eine Selbstverwaltungskörperschaft. Das Eigentum an den Häusern, soweit es nicht kleine Eigenhäuser sind, geht gegen angemessene Entschädigung an die Hausschaften über. Den Wohnungsverbänden liegt die Regelung der Neubautätigkeit ob, Verwaltung und Unterhaltung des alten und Erstellung des neuen Wohnbestandes liegen also in den Händen der ja doch die

Mittel aufzubringen habenden Mieter, die ihre Vertretung in der Generalversammlung, dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern der Hausschaften und Wohnungsverbände haben und die bei dem Wohnungsverband mit einem kleinen Geschäftsanteil beteiligt sein müssen: Mit diesem Geschäftsanteil, den auch Jugendliche und andere Erwerbstätige ohne eigene Wohnung einsparen müssen. Ist aber ein Anspruch auf eine Wohnung verbunden, der in einer bestimmten Reihe von Jahren befriedigt werden muß. Ohne in die Hoheitsrechte der politischen Körperschaften einzugreifen, baut sich die vorgesehene Selbstverwaltung der Mieter dann nach oben im Provinzial- oder Landesverband, schließlich im Reichswohnungsverband auf.

Ein Ausweg. Gesundung der Wirtschaft durch Gesundung der Reichsfinanzen. Von R. Kuczinsky. Verlag von H. R. Engelmann, Berlin W 15.

Die 54 Seiten starke Schrift ist eine erweiterte Wiedergabe des Referates, das der Redner des wöchentlichen Exits-minutums, R. Kuczinsky, in der Sozialistischen Kommission erstattet hat, und womit deren Beratungen über die Reparationsfrage eingeleitet wurden. Wer sich über die Reparation, die durch die jetzt schwebenden Verhandlungen im Vordergrund des politischen Interesses stehen, eingehend informieren will und der Gesundung der Wirtschaft das Wort redet, kann an diesem erweiterten Referat nicht unbedacht vorbeigehen.

100 Milliarden neue Steuern. Von Ernst Heilmann. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis Mk. 2,50.

100000 Millionen Mark Fehlbetrag im Jahre weist der Reichshaushalt auf. Wie ist dieser unheilvollen Entwidung zu begegnen? Wo ist die Steuer, die den deutschen Etat wieder in Ordnung bringen kann? Es ist die Erfassung der Produktionsmittel, der Sachwerte, der sogenannten Goldwerte. Hier allein kann das Reich die Mittel holen, um die Reparationen zu bezahlen und das große Loch im Etat stopfen. Denn die Besitzer der Sachwerte sind noch allein enorm steuerkräftig. Die Erfassung der Goldwerte steht deshalb für die Sozialdemokratie im Mittelpunkt der ganzen Finanz- und Valutafrage selbst heute im Mittelpunkt des ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens steht.

Eingegangene Schriften.

RäteruBands Not. Von F. M. Mink. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin-Fichtenau. Preis broschiert Mk. 8.-, gebunden Mk. 12.-

Friedrich M. Mink, ein deutscher Volkswirtschaftler mit kommunistischen Anschauungen, der eine achtmonatliche Forschungsreise nach Rußland unternommen hat, schildert in konzentrierter Form seine russischen Beobachtungen und Erfahrungen. Minks Buch ist ein wertvoller Berater für die künftige Einstellung der deutschen Arbeiterschaft zu Rußland.

Tüchtigen Umdrucker und erfahrenen Steindruckmaschinenmeister

für Raster, Chromo und Packungen suchen
Kunstanstalt Stengel & Co., G. m. b. H., Dresden 21.

Tüchtiger Umdrucker
(spez. Merkantil) sofort gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, welche an sauberes, korrektes und selbständiges Arbeiten gewöhnt sind. Da Wohnung nicht zu beschaffen, kommen nur ledige Herren in Frage. Ausführliche Offerten an
CONRAD MÜLLER, Schkeuditz-Leipzig.

Mehrere tüchtige und flotte
Autoätzer
sowie ein perfekter
Nachschneider für Strich und Auto
finden sofort dauernde Stellung bei
Böhme & Co., Kommandit-Gesellschaft, Magdeburg-West.

Für unsere **Blechballagenfabrik** suchen wir
tüchtigen Umdrucker
für Stein und Zink für dauernde gutbezahlte Stellung. Unverheiratete werden bevorzugt.
Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Akt.-Ges.
Gletwitz O.-S.

OFFSET-UMDRUCKER
für dreifarbige Werbedrucke nach photolithographischer Übertragung sofort gesucht
Kunstdruckerei Graf & Schumacher, Düsseldorf 276.

Zwei Messingstecher
auf dauernde Stellung sucht durch den Arbeitsnachweis
Friedrich Schreier, Hildesheim-Moritzberg.
2 bis 3 tüchtige

Messingstecher
durch den Zentralarbeitsnachweis der Formstecher, Berlin, sofort gesucht
Druckwalzenfabrik
Gebr. Melnicke & Blehahn, Ellenburg.

Tüchtiger
Industrie-Photograph
für Schwarz und Bunt,
Schwarzätzer, Negativ-Retuscheur Kopierer für Papier und Nachschneider
sofort gesucht. Schriftliche Angebote an
Römmler & Jonas, G. m. b. H., Dresden A 16.

Tüchtigen
Steindruckergehilfen
(für Maschine oder Umdruck) für 16. Januar oder später sucht
Carl Goldammer, Etikettenfabrik
Lauban i. Schles.

Steindruck-Maschinenmeister
gesucht.
Meldungen mit Zeugnisabschriften erbeten an
H. Meyer's Buchdruckerei, lithographische Kunstanstalt, Halberstadt

Tüchtige Farbätzer
sauber und flott arbeitend, bei gutem Lohn für sofort gesucht. Angebote an
Dr. Selle & Co., G. m. b. H., Berlin SW 29, Zossener Straße 55.

Kriegsab. Kollege liefert zu bill. Tagespreisen:
Autographie-Tusche
braun und schwarz, leichtflüssig auch für Kunsstschriftfeder geeignet
lithograph. Tusche
den ausländischen Fabriken überbaurig
Alex Schrader, Frankfurt a. M. West 11.

Verschiedenes

Das beste Hilfsmittel
für jeden Steindrucker ist **Gerbers Kl. Lehrbuch**
Der praktische Steindrucker
an Hand- und Schnellpresse.
Preis 6 Mark solange der Vorrat reicht bei
H. GERBER, Hersbruck bei Nürnberg.


(Bitte achten Sie auf Schutzmarke!)

Wolff's preisgekrönt
Bronzetinktur Kosmos
ist Zusatz zu Oold-Unterdruckfarbe.
In ersten Firmen mit großem Erfolg eingeführt.

Wolff's Trockenmittel
„Corso“
für Stein- und Buchdruck, ist bis jetzt das beste, mit höchster Anerkennung, ohne Konkurrenz und dürfte beides in keiner Anstalt fehlen.
Ein Versuch der Kollegen überzeugt!
Probepodosen 2,5 Kilo, Originalpodosen von 5 Kilo ab Detmold.

J. H. Wolff, G. m. b. H.,
Fabrik von Bronze- und Trockenmittel-Tinkturen
DETMOLD.

Wolff's Zink-Druck-Platten
Flachdruck
Tusche Salz
Far-Zinkdruck, Auswasch.
Zink-Schleif u. Kern-Maschinen
- für Lithografie, Linotyp, Schweiß-

Lithographie (Export) Lithographie

Den patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

Schleif- und Polierstein

 
Marke
Marlith

liefert in Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein in Form von
Handsteinen (auch zum Einspannen in die Maschine.
Maschinensteinen Durchmesser 22, 26, 32 cm, 7 cm Höhe Gewicht etwa 4, 5, 7 kg.

Masse zum Selbstgießen in 1 kg Blöcken.
Muster (1-4), sowie Prospekt auf Wunsch gerne zu Diensten.
Exporteure: Rabatt.

Marlith-Kunststein-Werk Distler & Wenzel,
München, Theresienstraße 76.

ZINKDRUCKPLATTEN

in Zinkätze, Auswaschtinktur, Neuschleifen gebrauchter Platten.
KARL MESS, G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße 50
Fernruf Moritzplatz 12289.

„Betromit“ - Schnelltrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamsten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.
„Steingummi“ - flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.
„Enoldin“ - Druckfett - speziell für schlecht zu verdruckende Farben und Papiere
„Enol“ - Drucktinktur - sehr geeignet für Bronzedruck.
„Betromit II“ - unentbehrlich für **Bronze- und Blattgold-Druck!**
H. Schnühr, Hamburg 22, Richardstraße 49
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**

Im Neudruck erschienen:
DER PRAKTISCHE UMDRUCKER
von Bernhard Enders.
3. Auflage. 4-6. Tausend.

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle
Preis 2,80 Mark inkl. Porto: Nachnahme 2,25 Mk. mehr.
Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten
Achtung! Bremen!
Anfragen und Auskunftserteiler:
Rudolf Hahn, Bremen, Heumstr. 114/116, 111.
Achtung Düsseldorf!
Auskunftserteiler für Chemigraphen ist jetzt:
H. WEILER, Düsseldorf-Oberkassel
Düsseldorfer Straße 2, II.